

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erhaltungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsstelle): Carl Müllers, Berlin, Uvarov. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Radstrasse 22-26

Veraprosch-Zentrale Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 2600-2605. Für den Veraprosch am Dönhofs 2605-2606. Fernsprechanlagen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 920.

Schachts Nacht-Manöver

Abwehr der Regierung

Das Reichskabinett ist seit 11 Uhr vormittags in der Wilhelmstraße unter dem Vorsitz des Kanzlers versammelt. Es sei gleich gesagt, daß diese Sitzung nicht wegen des Schachtschen Memorandums einberufen worden ist; sie war schon vor mehreren Tagen angesetzt mit der Tagesordnung: Reichsfinanzreform. Aber es ist klar, daß das Memorandum des Reichsfinanzpräsidenten in den Erörterungen des Kabinetts heute einen sehr breiten Raum eingenommen hat. Die Reichsregierung kann diesen Vorstoß nicht unbeantwortet lassen. Einzelne wird noch heute eine Erklärung des Kabinetts zu dem Memorandum veröffentlicht werden.

In der Wilhelmstraße hat der Reichsdirektor Dr. Schacht einen sehr starken Eindruck gemacht. Weniger durch den sachlichen Inhalt und mehr durch die Art, wie er der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Die Reichsdirektion ist ein von der Reichsregierung unabhängiges Institut, ihr Präsident während der Dauer seiner Amtszeit unantastbar und an die Befehle der jetzigen Regierung nicht gebunden. Ergeben ist es fernerhinbedeutend, daß zwischen der Wilhelmstraße und der Schachtstraße eine große Mittelstraße nicht zu entdecken ist. Aber alle große Rücksichtnahme des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht haben sich schon frühere Reichskabinetts nicht zu belügen gelassen, daß solche, die sozialistischen waren. Wie sind überhaupt, daß man den Wiederholungs solcher Befehle über das Verhalten Dr. Schachts in manchen Prozeduren über Kabinettsitzungen während der letzten Jahre finden könnte. Aber niemals dachtet hat Dr. Schacht so dorthin gesagt, daß die Öffentlichkeit von seinen eifersüchtigen Zweiteilnehmern in Kenntnis gesetzt wurde.

Es haben in den letzten Tagen Beziehungen zwischen Mitgliedern der Reichsregierung und dem Reichsfinanzpräsidenten stattgefunden. Sie hatten zum Inhalt die Ergebnisse der Bauger Konferenz, die Vorbereitungen für die Schachtkonferenz im Januar; es wurde auch die Finanzreform erörtert. Der Reichsfinanzpräsident war sehr genau über die Pläne und Motive der Regierung unterrichtet; er warnte auch von der Sog. Beschränkung der heutigen Sitzung. Es war ihm nicht unbekannt, daß die Reichsregierung durch eines ihrer Mitglieder in der kommenden Woche vor dem Reichstag Erörterungen über die Finanzreform abgeben wollte.

Was geschieht nun? Am Abend vor dieser Kabinettsitzung wird den Reichskabinetts ein zwölf Druckseiten starkes Dokument übermietet, das ein Memorandum des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schacht enthält. Die Anweisung lautet auch auf sorgfältige technische Vorbereitung zu achten; man merkt, es ist keine Drucksache, die eben erst im letzten Augenblick aus der Maschine gekommen ist. Der Gesamtinhalt des Memorandums ist der eines früheren Briefchens gegen die Reichsregierung, durch den vornehmlich der Reichs-

ausenminister und der Reichsfinanzminister getroffen werden soll. Man erkannte sich bei der Reichsregierung, was sie denn zu der Denkschrift Dr. Schachts zu sagen habe, und man hielt sich, daß dem Mitglied des Reichskabinetts die geringste Ahnung von der Existenz eines solchen Memorandums hat. Erst durch die Anruf der Reaktionen erfuhr die nächsten Tage Kabinettsmitglieder, daß zwischen dem Reichstag und dem Reichskabinett schon seit langem ein Brief und ein Brief nach dem Memorandum erhalten. Die Veröffentlichung eines Briefes zu einem Zeitpunkt, da er den Reichstag nicht erreicht haben kann, gilt politisch wie gesellschaftlich als ein schwerer Verstoß. Hier kommt noch dazu, daß zweifelslos die Absicht bestand, den Mitgliedern der Regierung die Denkschrift so spät zusammen zu lassen, daß eine Entgegnung der Wilhelmstraße nicht mehr gleichzeitig mit den Ausführungen Dr. Schachts veröffentlicht werden konnte. Ein solches Verhalten ist das Gegenteil von dem, was der Kanzler als fair bezeichnet.

An anderer Stelle sehen wir uns mit den Teilen des Memorandums auseinander, die sachlichen Inhalt zu haben scheinen. Hier wollen wir nur feststellen, daß der Eindruck in unerschöpflichen politischen Kreisen etwa in dem Maß zusammengefaßt werden kann, daß das Benehmen Dr. Schachts nicht nur überflüssig, sondern auch im Interesse des Reiches schädlich ist, daß es die kommenden Verhandlungen im Haag erschweren wird und in der letzten Zeit die Gegensätze verschärfen muß. Hoffentlich wird sich das Reichskabinett nicht fürchten, das auch öffentlich auszusprechen.

Von dem sachlich Beheblichen abgesehen: aus dem Memorandum klingt ein Ton der Selbstüberschätzung, der befremden muß. Wenn man so liest: „mein Name vor dem deutschen Volk und vor der Welt“, dann überläßt es sich, daß das „Mein“ nicht majestätisch großgedacht worden ist. Auch seine Rolle als Sachverständiger zur Pariser Konferenz überläßt Dr. Schacht in gewisser unerschöpflicher Weise. Man begreift dazu folgendes Satz:

„Wenn die deutsche Regierung trotzdem jetzt auf solche Ansprüche verzichten sollte, so geht sie damit über den klar erkennbaren Willen der deutschen Sachverständigen hinaus und übernimmt eine Verantwortung, die ihre Sachverständigen ausdrücklich abgelehnt haben.“ Das hält Dr. Schacht einleitend für eine Art Selbstbehauptung. Er hat offenbar sein Verhältnis nicht darin, daß die Sachverständigen die alleinige Verantwortung in ihren gewöhnlichen Angelegenheiten haben und die Verantwortung in den Angelegenheiten der Welt haben, sondern in der Entscheidung und der politischen Verantwortung bei den Kabinetts tag und liegt. Dr. Schacht muß sich die Rolle eines Vorwurms der Reichsregierung an, die ihm nicht zugeht.

Am Reichskabinett ist, wenn man recht unterrichtet sind, das Verhalten Dr. Schachts nicht nur einseitig, sondern auch ungewöhnlicher Schärfe vorurteilt worden. Die Kabinettsitzung soll am Nachmittag noch fortgesetzt werden, und in dieser zweiten Sitzung wird die Erklärung der Reichsregierung zu dem Memorandum Dr. Schachts endgültig formuliert werden.

Wie es kam

Wuß man daran erkennen, wie es kam? Wie um die Oberseite eines Bürgers in allen Zeitungen der Welt der Sonntagshlag erklärte: die Pariser Young-Konferenz gescheitert; und wie es außerhalb Deutschlands nur eine Stimme gab: gescheitert an Dr. Schacht.

Wenige Tage darauf feierte dann der deutsche Delegationsführer Schacht los und stumm nach Berlin zurück, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Der unabhängige Führer der deutschen Sachverständigen, der es während des ersten Teiles der Konferenz nicht für notwendig gehalten hatte, die Reichsregierung auch nur rasch und regelmäßig über den Stand der Pariser Verhandlungen zu informieren, schien mit seinen Berichten völlig zusammengebrochen zu sein, ebenso wie Ludendorff im Spätsommer 1918. Die Regierung war vorzüglich genug, dem unabhängigen deutschen Sachverständigen auch jetzt keinerlei Aufträge zu erteilen, um nicht den Anlaß zu späteren Mißtrauen zu geben. Schacht, der es so weit hatte kommen lassen, sollte auch weiterhin in Paris tun, was er mit seinen Genossen und mit seinem Sachverständigen glaubte vorzuziehen zu können.

Die Wirtschaft aber war konsterniert. Die deutsche Währung erlitt zum erstenmal seit der Stabilisierung einen harten Anprall, innerhalb und außerhalb Deutschlands brach gegenüber allen Marktwerten eine Vertrauenskrise aus, William-Debitoren wendeten aus Deutschland aus, die Geldwörter, unter der Pariser Wirtschaft noch jetzt so schwer leidet und die hunderten und tausenden angelegenen Firmen die Existenzmöglichkeit abhandelt, war die Folge.

Dr. Schacht war inzwischen wieder nach Paris zurückgekehrt. Unter schwachen Willen gelang es den Amerikanern die Fäden zwischen den Delegierten wieder anzufassen, aber die Young-Konferenz hatte von nun an ein anderes Gesicht. Die Deutschen mußten unter förmlichem Druck verhandeln, unter einem Druck, den Dr. Schacht unterworfen hatte. Auch jetzt noch suchten sie sich zu wehren, aber es war vergebens.

Das Ergebnis der Pariser Sachverständigen-Konferenz war unglücklicher als es selbst die pessimistischsten Stimmen in Deutschland vorausgesagt hatten. Eine Last von 24 Milliarden im Jahresbudget schmißt zwei Generationen lang zu tragen, war Deutschland angedeutet worden, und was nicht minder bedrückend war, ein dem hervorgerufenen Stellen des Young-Planes war, von Dr. Schacht unterschrieben, ausdrücklich festgesetzt, dieses ist die Entlohnung und bei jedem Willen aller Beteiligten könne „vernünftigerweise kein Zweifel daran bestehen, daß die Vereinbarung erfüllt werden kann.“ Einige Währungsveränderungen, die die deutschen Delegierten an anderen Stellen des Planes noch mitbringen vermögen hatten, ließen demgegenüber im Urteil der Welt nicht ins Gewicht.

Die deutsche Regierung war in dieser Beziehung durch Schacht vor ein fast ungelöstes gestellt. Sie suchte, nachdem das finanzielle Resultat so überaus ungünstig ausgefallen war, wenigstens noch so politisch herauszuholen, was irgend möglich war, und die größten Verhandlungsgeschick Dr. Stresemann und der anderen deutschen Minister im Haag gelang es, die Befreiung der Rheinlande zu erwirken und damit einigermaßen das niedere zum kompensieren, was in Paris unter Führung Dr. Schachts verhandelt worden war.

Aber auch kann noch kleinen wirtschaftlichen Verhandlungen Erfolg. Denn der Young-Plan war, im Gegensatz zum Dawes-Plan, technisch mangelfaltig gearbeitet, enthielt an wichtigen Stellen Lücken und Unklarheiten. So die Sachverständigen nicht weitergefunden waren, hätten sie es sich zum Schluß bequem gemacht und die Entscheidung den Regierungen ausgedehnt. Ohne neue Räte von Konferenzen war notwendig, Dr. Schacht erlaubte sich, die Sachverständigen selbst die wichtige Aufgabe an diesen Verhandlungen teil, aber auch die Vertreter des Reichsfinanzministeriums und anderer Regierungsstellen, die als Unterhändler an den Spezialberatungen mitwirkten, hielten sich in engstem Einvernehmen mit Dr. Schacht. Die Regierung hat an Lokalität mehr, als sie zu tun brauchte.

Es ist nicht genug gemeldet, daß der Reichsfinanzpräsident im Verlauf dieser Verhandlungen einmal eine sachverständige Stimme erhoben und erklärt hätte: dies ist gegen die Beabsichtigung mit dieser Young und Dawes-Planes und den anderen Pariser Delegierten. Das ist eine Bezeichnung und ein Vertrauensbruch. Nicht hat er dazugewagt, auch, als er nachging mit den Delegierten der Reparationskommission in Baden-Baden im Hotel Stephanie lag, um das Statut der Internationalen Zahlungsausgleichskommission. Er hat sich sein Gesicht für einen

Sie warten auf Hilferdings Ruf

Höfner-Wilshoffs Staatsrede

Bei der Staatsbesuchseröffnung im Rahmen des Preussischen Staatsrats, die gestern begann, schloß sich Finanzminister Höfner-Wilshoff mit dem zukünftigen Finanzansatz. Ihre Aussagen wickeln sich in 35 des Finanzansatzes, der zukünftige für die Länder garantiert, deren Steuererlösen unter dem Reichsbudgetanteil liegt, in verschiedener Richtung nachteilig aus. Von den preussischen Provinzen liegen die sechs Provinzen, Schleswig-Holstein und Hannover, unter dem Reichsbudgetanteil, so daß für sie Überweisungen in Höhe von 72 Millionen Reichsmark fällig wären, wenn der Preussische Staat nicht ein Einheitsbeholden würde. Statt dessen wird preussische Aufkommen an Reichsteuern zu Überweisungen an, außerdem aber schonen Länder mitzunehmen, und Preußen muß außerdem über Reichsbudgetanteile seinen interprovinzialen Aufwandsleistungen vornehmen.

Der Finanzminister befaßte sich jedoch mit den Plänen für die notwendige Steuererhöhung. Inbezug auf letztere ist die Aufhebung der Industrie- und Rentenbanken, Senkung und Zurückführung der Einkommensteuer und starker Abbau der

Realsteuern. Man muß sich darüber klar werden, daß die durch die neue Staatsanleihe freigebliebenen Beträge zur Steuererhöhung nicht ausreichen und deshalb die Einführung neuer Steuerquellen unumgänglich zu bestehen ist. Dafür steht der erhebliche Verbrauch durch stärkere Entzerrung von Alkohol und Tabak zur Verfügung. Hier liegt eine Steuererlöse, die auszugeben ist, wenn man die allgemein als notwendig erkannte Steuererhöhung durchführt will. In die Wiederentführung der Weinsteuer nicht möglich ist, muß man sich die Rückkehr zu anderen Abgaben für fernere, daß man den Gebirgen die Möglichkeit zur Erhebung einer direkten Steuer gibt, die nicht einseitig einzelne Bevölkerungsklassen belastet. Dafür stehen Vermögenssteuernbeiträge oder Wiederentführung der Güsterei zur Einkommensteuer zur Verfügung, wobei man an eine Verbindung beider denken kann.

In allen diesen Fragen zeigt sich die starke Abhängigkeit vom Reich. Reich und Länder müssen die Probleme der zukünftigen Finanzangelegenheit gemeinsam beraten; die Länder sind bereit, sie warten auf den Ruf des Reichsfinanzministers.

Wachstumsgriff auf die **Wirtschaftsbranche** vornehmen. Er hat auch jetzt wieder die Exploitationstätigkeit angesetzt, mit der er sonst zu arbeiten pflegt und die schon bei früheren Gelegenheiten über die deutsche Wirtschaft so viel Unheil gebracht hat.

Herr Dr. Schmidt mit seiner neuen Attitüde den Gehirns zu erwecken vermag, als ob in Paris unter seiner Leitung alle so gegungen und widerständlich seit einem Jahr verfahren worden wäre, so muß ihm mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß diese Verführung des modernen Sozialismus nicht hingemommen werden kann. Gewiß hat niemand ein Interesse daran, Vergangenes wieder auszugraben und an Dinge zu mahnen, die wir wohl hoffen, hinter uns liegen. Aber Dr. Schmidt will seine Worte. Im Interesse der deutschen Sozialpolitik und der deutschen Wirtschaft ist seit einem Jahr über längere geschwiegen worden. Die Öffentlichkeit weiß noch längst nicht alles. Aber es scheint, daß zwei geschwiegen und verschwiegen worden ist.

Vielleicht wird darüber noch zu sagen sein, nur so viel ist heute klar und höchst erklärt: eine **Diktatur Schmidt** lehnt die große Republik des deutschen Volkes ebenso ab, wie eine **Diktatur Eugenberg**.

Es gärt weiter

Reubell für Treitschke

Wie die Berliner Börsenzeitung erzählt, haben sich auch vier namhafte Mitglieder des Reichstages der deutschnationalen Sozialisten angeschlossen. Der Berliner Abgeordnete Eitel, Emsch und Edward Meyer und der Kieler Professor Wolff.

Der ausgeschiedene Abgeordnete von Reubell führt in der Deutschen Tageszeitung eine rituelle Rede für Treitschke. Er verwirft mit größtem Nachdruck die Art, wie Treitschkes Privatinteressen angeordnet behandelt wurde, und findet bittere Worte über die Herrschaft der Parteiführer. Treitschke ist der Führer eines feigen, aufstrebungsunfähigen Menschen. Ein Mann ist nicht wert als ein Abgeordneter.

Das Organ der Konfessionen, die „Kreuzzeitung“, schreibt, durch das Verleihen des Reichstages in der Partei und in der Fraktion werde es offenbar, daß der Währungsprozeß in der deutschnationalen Partei latent bleibe. Söldner und Wähler werden unter veränderten Verhältnissen „ihre“ politische Linie weiter verfolgen. Die Bedeutung der Abänderung des Fraktionsvorschlages durch Wähler liegt in der Drohung zwischen dem gegenständlichen Satz und der konfessionellen Linie des Wählers.

*

Der „Bayerische Kurier“, das Blatt der führenden Bayerischen Volkspartei, die mit den Deutschnationalen zusammen in der Regierung sitzt, schreibt über deren Spaltung: Die Abwärt der jungkonfessionellen und christlichsozialen Kräfte macht die weltanschauliche Grenze zwischen der Partei der Herren Reichstagsführer und der Partei der Herren Ritter-Offiziere so scharf, daß sich niemand darüber wundern dürfte, wenn Herr Eugenberg daraus auch parteipolitische und parteiorganisationspolitische Folgerungen ziehe. Auch mit dieser Frage werden sich Parteivorstand und Parteivorstand der Deutschnationalen zu befassen haben, die auf Gemeinsamem nach Nürnberg einberufen sind. Sie jetzt läßt die Partei für Bayern weichen, daß sie in ihrer Stellung und in allen Anhängen der Parteiverordnung fest zur Eugenbergs-Linie des entscheidenden Reichstages fest.

Die jungkonfessionelle Strömung

Die sozialdemokratische „Mitteldeutsche Zeitung“ weist darauf hin, die Sozialdemokratische Partei tue gut, mit großer Aufmerksamkeit die Kräfte zu beobachten, die nicht nur zahlenmäßig, sondern mit großen und leuchtenden Ideen zur Mitte hinführen.

Treitschke, Reubell und andere Sozialisten seien keine Sozialdemokraten, keine Sozialisten und auch keine parlamentarischen Sozialisten. Sie seien Männer mit einer Ober- der eines christlich-sozialen Jungkonfessionarismus, der sie an die Seite der Zentrumspartei führen müsse. Der sozialen zum Vorkommen der Zentrumspartei gewählte Abgeordnete Dr. Brünning und Treitschke seien gemeinsam herausgerückt der jungkonfessionellen Richtung. „Deutsche Rundschau“. So sei angenommen, daß die beiden Abgeordneten an weitgehende politische Ziele denken, als sie gemeinsam ihre jungkonfessionelle Linie verfolgen.

In der Richtung hängen sich auch die beiden ein, die der Zentrumspartei Ross in den letzten Wahlen gehalten habe. Ross liege in enger geistiger Verbindung mit Brünning und habe daher auch Beziehungen zu Treitschke. Sie wollten den großen konfessionell-sozialen Block, der die marxistische Sozialdemokratie überwinden löst. Ross, Brünning und Treitschke bereiten die geistige Offensive gegen die Sozialdemokratie vor.

Ausschluß aus dem Kampfbund

Der Preussische Landtagspräsident hat den Vorhaben des Reichs-Rittergüterbesitzer Störmann in Schleswig-Holstein, Oberst a. D. Freiherr von Stoltenberg, von seinem Amt entbunden und das Ausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet. Dieser Schritt wird damit begründet, daß Freiherr von Stoltenberg verlangt hat, die Rittergüterbesitzer der Provinz Schleswig-Holstein zu einer Unterzeichnung der Reichs-Rittergüterbesitzer zu verpflichten, die sich gegen die Forderung des Reichs-Rittergüterbesitzer in der Regierung genötigt und bei einer Sitzung der norddeutschen Reichstages eine Anfrage gehalten habe, deren unerbittliche Tendenz den Widerspruch der Kommissare hervorgerufen habe.

Hindenburgs Glückwunsch und Geschenk

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Kaiser ein höchst feierliches Glückwunschschreiben in sehr reichhaltigen Dankworten zugleich mit der Rückzahlung eines feierlichen Dankbroschures aus der Ehrenreichen Vorkriegsministerialverwaltung durch den deutschen Reichstag beim Kaiser überreichen lassen. Kaiser Bus hat die Glückwünsche und das Geschenk mit warmen Worten bedankt.

Die neue Regierung Udrzal

Prog. 5. Dezember

Seit Ende Oktober bemühte sich der Agrarier Udrzal, dem nach der Ernennung Udrzals das Führen der wichtigsten Reichspartei, der Agrarpartei, anvertraut wurde, um Grund des Wahlergebnisses vom 27. Oktober, eine neue Regierungsbürokratie zu bilden. Man dachte zunächst daran, einige kleinere bürgerliche Gruppen, die bisher außerhalb der Regierung standen, heranzuziehen, eventuell föhrt die ungarischen Parteien oder die Deutschnationalen. Man dachte sich aber dann, der Opposition im Parlament in die Hand zu geben, daß man „mit hochkonservativen Parteien“ verhandelt habe, nur um den regierungsbereiten sozialistischen Block nicht in der Regierung zu sehen. Man verhandelte also mit den Sozialisten. Während der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Sozialdemokraten und sozialistischen Nationalsozialisten nicht im Wege gelanden wäre, gab es Einwände gegen die Hinzuziehung der deutschen Sozialdemokraten, die schon im Hinblick auf ihren bisherigen Kampf gegen die deutschen Regierungsparteien der alten Richtung, nicht vorbestimmten in die Regierung einzutreten konnten.

Es zeigte sich aber bei den Verhandlungen, daß die sozialistischen Sozialdemokraten ihren deutschen Wählern brillante Subventionen leisten; sie erklärten nämlich bald, wenn die deutschen Wähler nicht in der Regierung vertreten sein wollten, sie auch gegen die Aufnahme der deutschen Agrarier, der engen Verbündeten der sozialistischen Agrarier, sein müßten. Zum allgemeinen Erkennen gelien die sozialistischen Agrarier nicht über und erklärten sich bereit, eine alternative sozialistische Regierung zu bilden. Die Nachricht davon erregte ungeheures Aufsehen. Die Verwirklichung dieser Idee hätte bedeutet, daß die sozialistische Partei, der nur durch die Zusammenarbeit seiner Nationalitäten propagieren kann, auf die Mitarbeit selbst regierungsbereiter Mittelparteien verzichten müßte. Das Projekt scheiterte an dem Widerspruch der leitenden Männer des Staates, die die schweren Schäden für die gesamtstaatliche Reputation ersehen.

Udrzal mußte nun erfräßig mit den Sozialisten verhandeln. Diese erklärten, daß sie nur in eine Regierung eintraten würden, in der das Arbeiterverhältnis zwischen Bürgerpartei und sozialistischem Block ausbalanciert wäre. Feinweges müßten sie in eine Regierung eintraten, in welcher der geleimte Bürgerblock mit 148 Stimmen vertreten ist. Nach langen Diskussionen entschied sich Udrzal die deutschen Christlichsozialen und die Evangelische Volkspartei außerhalb der Regierungsbildung zu lassen. Mit den kirchlich-bleibenden Parteien des Bürgerblocks erklärten sich dann die Sozialisten bereit, zu verhandeln.

Es folgte ein tagelanger Streit um die Verteilung der Ressorts, der, damit schloß, daß sich die Sozialisten mit dem Vorhänge überhandnehmen erklärten, daß dem Bürgerblock neun Ressorts, einschließlich des Ministerpräsidenten zufallen, den Sozialisten sechs und das Finanzministerium dem parteilosen Stadtmittel Professor Engelke. Die Bürgerblock-sozialistische Konzentrationserklärung besaß demnach aus dem Bürgerblock mit 46 Christlichen und 16 deutschen Agrarier, 24 Christlich-sozialen Volksparteier, 14 Nationaldemokraten und 12 christlichen Oberbeamten, sowie aus dem sozialistischen Block mit 43 Christlichen und 21 deutschen Sozialdemokraten und 22 christlichen Nationalsozialisten. Das deutsche Element ist durch 12 deutsche Agrarier, denen die Arbeits- und Wirtschaftsangelegenheiten Professor Kaffas und Dr. Kaffas mit 4 Abgeordneten angeschlossen hat und 21 deutschen Nationaldemokraten repräsentiert.

Der Eintritt der deutschen Sozialdemokraten, der höchsten Subventionen Partei, in die Regierung ist das wesentliche Ereignis der neuen Regierungsbildung. Der Führer der deutschen Sozialdemokraten, Dr. Gach, erhält das Ministerium für soziale Fürsorge, und der Führer der deutschen Agrarier, Prof. Europa, das Gesundheitsministerium, ein für einen Deutschen gefundenes Minister Ressort, wenn man bedenkt, daß in die Komposition dieses Ministeriums die ganze Arbeiterbewegung, so der Konflikt um Warenbrot und der Karto-Streit fällt.

Verfassungskompromiß im Ausschuß

Wien, 6. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Der Verfassungsausschuß des Nationalrates nahm heute die Verfassungsvorlage an. Einstimmig in den Teilen, wo der Ausgleich mit der sozialdemokratischen Opposition erzielt wurde. Mit einfacher Mehrheit, so das Kompromiß scheiterte. Die mit einfacher Mehrheit im Ausschuß angenommenen Gesetzesentwürfe werden bei der Abstimmung, die morgen im Plenum des Nationalrates stattfinden soll, als abgelehnt gelten müssen, da hierfür eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre.

Der christlich-sozialer Reichstagsführer Dr. Schönbauer setzte zusammen, was nicht erreicht werden konnte und was man erreicht hat. Die folgenden Redner, der Sozialdemokrat Dr. Danneberg, der Christlich-sozialer, der Landwirt Dr. Schönauer und der Christlich-sozialer Dr. Klauer waren einzig in der Festhaltung, daß doch ein großer Fortschritt erzielt wurde, nor allem, weil

Formen gefunden wurden, die verhüten, daß, wie bisher, aus jeder Parlamentarische eine Staatsform werden kann.

Das wichtigste Ergebnis ist, daß über die bereits gemeldeten Einigungsformeln hinaus ein ständiger Kompromißausgleich, zusammengefaßt nach der Verhältnismäßigkeit der Parteien, dem Bundespräsidenten zur Verfügung gestellt wird, um in ausnahmewürdigen Zeiten seine Notverordnungen gutzubehalten, die innerhalb Wochenfrist dem Nationalrat unterbreitet werden müssen.

Der Reichstagsführer erwähnte auch, daß über den Bestimmungen, die fallen gelassen wurden, sich die meisten wichtige Wählerentscheidungen im Hinblick auf die Verfassung getroffen. Die wichtigsten Punkte in der Verfassung sind, daß man sich in einem späteren Zeitpunkt erneut über Bereicherungen der Verfassung beraten könne. Die Gesundheitsorgane werden Ewig, weil die Finanzkontrolle über das Rathaus erzielt worden sei.

Das Votum der Lords gegen Rußland

Schwierigkeiten für MacDonald

London, 5. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Der vorübergehende Bürgerdein, die bürgerlichen Parteien dem Kabinett MacDonald für die Vereinigung der wichtigsten außenpolitischen Probleme - Haug und englisch-amerikanische Flottenkontrollen - gewährt haben, ist jetzt auf dem Gebiet der Innenpolitik und der Außenpolitik beendet worden. Das Oberhaus hat das Bittensverlangen nicht unterzeichnet, und was man erreicht hat, das ist ein Entschluß als „unannehmlich“ beurteilt.

Derzeit einen christlichen Populus des Kabinettsführers Herdson, den Bittensverlangen gefolgt, ausgenutzt hat, wird das Oberhaus gegen die Regierung einige finanzieller Schwierigkeiten bereiten. In dem englisch-schweizer Protokoll vom 3. Oktober ist nämlich festgelegt worden, daß die englisch-schweizer Verhandlungen über die Wirtschaftsverträge erst beginnen und die Propagandaarbeiten in Kraft treten sollen, nachdem das Protokoll „vom Parlament“ der parlamentarischen Verhandlungen, die man für die Vereinigung des Protokolls für die englische Wirtschaft in Moskau zugänglich ist, genehmigt werden lie.

Nach englischen Staatsrecht bedeutet „das Parlament“ in diesem Sinne immer einen übereinstimmenden Beschluß beider Häuser.

Am Montag wird daher die konservative Unterhausfraktion die Regierung darüber interpellieren, wie sie sich nach dem abnehmenden Beschluß des Oberhauses die weitere Durchführung der Außenpolitik vorstellt.

Als die Lords sich über Rußland unterzählten, erneuerte Lloyd George im Unterhaus seinen Angriff gegen die ausgetheilten Referenzen und hielt eine sehr scharfe Rede über die Wirksamkeit der Bittensverlangen und der vom Bittensverlangen betroffenen Flottenkontrollen. Lloyd George verurteilte, notwendig notwendig, die Regierung darauf festzusetzen, daß die ausgetheilten Referenzen und die Bittensverlangen an schiedlichen Wahlen in den Bereich der Bittensverlangen einzuweisen. Lloyd George verlangte eine „Reaktion der Bittensverlangen“ die auf einen kongressartigen Vorstoß Englands und Amerikas gegen die Bittensverlangen beruhen soll.

Seitdem England und Amerika sich fester näher gefunden haben, verlegt die englische Politik den Akzent ihrer Aktivität auf die englisch-amerikanische Zusammenarbeit in der Verwirklichung der Ziele und Ziele des Zollunion-Paktes. Lloyd George hat gefordert der Senats der „englischen Lösung von Bittensverlangen“ in öffentlichen Ausdruck gegeben, als er erklärte, der Bittensverlangen sei in fünf Jahren, nur noch von Gedenken und Wahlen getrieben zu werden. So sei ein Auto ohne Benzine, das nur noch Dampfmaschinen löde.

Tardieu Londoner Delegationsführer

Paris, 6. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Wie der „Agentur“ mitteilen weiß, wird Ministerpräsident Tardieu sich als Chef der französischen Delegation zur Londoner Delegationskonferenz begeben. Die französische Delegation werde ferner von dem ehemaligen Reichsminister des Innern, der in der Romanolantminister Partei umfassen. Dieser hielten Delegationsleiter werden nicht weniger als etwa 20 Sachverständige für Marine, Postwesen und Luftfahrtfragen die Reise über den Kanal machen.

Deutscherseitsige Massenpublikation zur Kriegsschuldfrage Die neue österreichische Massenpublikation „Deutscherseitsige Kriegsschuldfrage“ ist im Udrzal und der deutschen Volkspartei ein Delegationsleiter eines Vortrages, dessen der Arbeitsschuldfrage Deutsche Verbände am 9. Dezember im Großen Saal des ebe-

malfen Herrenhauses beanfahlet, übergeben werden. Der Bittensverlangen (den) Massenpublikation, Professor Dr. Hans Udrzal, der Bittensverlangen, wird ausführlich über das neue Abkommen sprechen.

Kriegsrecht über Haiti

New York, 6. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Der Romanolantminister der amerikanischen Marinebehörde, die auf Haiti interveniert, ist verurteilt, das Kriegsrecht über die Insel, nachdem die Bittensverlangen der Haitianer vom Senat im Senat eines gefahren ausgebrochenen Streits der Amerikaner angefangen und leicht verlegt haben. Die Urkunden werden als nicht beabsichtigt angesehen; die streikenden Soldaten demobilisiert zwar die Bittensverlangen, konnten aber die Beamten im Büro des amerikanischen Finanzministeriums nicht überzeugen, ebenfalls den Streit zu erklären.

Groß genug für zwei Vaterländer

Primo Carnera, der französierte Italiener

Wenn man 2 Meter 6 Zentimeter groß ist, kann es einem leicht passieren, daß man sich zwischen zwei Stühle liegt. Wenn man dazu noch drei Zentner wiegt, muß einem das doppelt unangenehm sein. Primo Carnera, der Boxer, der Mann, der allein schon durch seine Schuhnummer eine Jugumnummer befreit, hat eine feine Körpergröße entsprechende Stummheit gemacht, eine Stiefelstummheit. Das ist schon einmal so mit den Mäßen und den Dingen. Selbst durch gütliche Überduldigkeit, vertragen sie die Dingen nämlich auf der einen Seite, was sie auf der anderen zu reichlich spendeten. Bei Carnera haben sie sich im Wankstadium der Dinge noch zu sehr verunglückt, für die tiefe Größe blieb nicht mehr viel übrig.

Ein Pariser Sportblatt machte Primo Carnera der morgen gegen Ströbling kämpfen soll, habe die Absicht, sich in Frankreich naturalisieren zu lassen. Was ein richtiger französischer Patriot ist, freut sich über diesen kleinen Zuwachs beizählen und nimmt bereits im Namen der Nation Vorstoß auf Vorbereitung für einen „Reiniger aller Kategorien“. Der Brief bekam einen signifikanten Scherz. Was würde Mussolini dazu sagen? Schnell demontierte Carnera in einem Mitteilungsblatt die Werbung des Morgenblattes. Aber siehe da, der nächste Morgen bräunerte mit einem Dementi des Dementis heraus. Die „berühmteste“ Zeitung konnte das Amtsblatt jütieren, das „Journal officiel“ vom 23. Juli 1929, in dem schwarz auf weiß steht, daß Carnera ein französischer Staatsbürgerrecht nachgeholt hat. (Stellen Sie bemerkt, wie geleitet das Amtsblatt ist, geht noch schon dem Edele her, daß selbst die Presse eine feste „Reiniger“ daraus erst vier Monate später „zur Kenntnis der Allgemeinheit“ zu bringen vermochte.)

Um die Ehre, Homers Geburtsort zu sein, stritten sich in Hellas sieben Städte, aber erst lange nach dem Tode dieses Dichters, von dem man nicht weiß, ob er auch gelebt hat. Um Primo Carnera streiten sich noch sehr bei seinen Bekannten zwei Nationen. Nach dem Edele wird er wieder bei noch fünf von interessieren, es sei denn vorher von Wassergurenfabrikanten. Carnera hat die Italiener durch seine Austrittserklärung aus der Nation aufs tiefste verstimmt, durch die Ablehnung seiner dokumentierten Absicht, Franzose werden zu wollen, hat er es sich auch mit seinen fünfzigjährigen Bekannten vertragen. Er steht verlassen von Vergangenheit und Zukunft da, ein Mann ohne Verlassen-gegenwart.

Wenn Carnera morgen gegen Voss Ströbling in den Ring steigen wird, wird es innerlich um mindestens zwei Meter kleiner sein, als es oberflächlich den Anschein haben wird. Wenn man nicht eine Boxanzüge tragen wollen: er wird gegen den um

rund 100 Pfund leichteren und einen Viertelmeter kürzeren Amerikaner den kürzeren gehen. Wenn Carnera einmal handfest am Boden liegt, dann dürfte er kaum 50 Zentimeter hoch sein, und dann werden Italiener und Franzosen nicht mehr an ihm finden, als man im allgemeinen an gefallenen Größen zu finden pflegt, nämlich: daß man jedes Interesse an ihnen verlor hat.

Dr. Willy Meisl.

Westen gegen Teutonia

Auch die geistige Veranstaltung der Amateurbörse war ein großer Erfolg. Die Germania-Säle in der Chausseestraße, wo der Klubbampf Teutonia gegen Westfalen stattfand, waren ausverkauft. In den unteren drei Gewichtsklassen konnte sich Westen einem erhellenden Vorführung liefern. Bislang fertigte Westen einen erschöpfenden Vortrag seinen Gegner Siegemann wider ab. Der Kampf im Fliegengewicht zwischen Bothe (Westen) und Bothe (Teutonia) endete unentschieden. Bothe und Blümler im Schwergewicht Westens zwei weitere Siege. Der deutsche Meister im Schwergewicht, Bothe (Teutonia) schlug in einem sehr heftigen Kampfe, in dem er gegen Schütz in Ostpreußen geriet, Westpreußen sich nach Punkten. Westen sollte in Schieber nicht einen Sieger und kam damit zu einem Sieg auf 9:7 Punkten. Gehardt und Panne hatten für Teutonia durch schöne Siege gut aufgeholt.

German American A. C.

45 Jahre deutsch-amerikanischer Sport-Verein

Der German American Athletic Club in New York, einer der ältesten und größten Sportvereine des amerikanischen Kontinents, konnte am 23. November das fünfzigjährige Bestehen begehen. Der im Jahre 1884 begründete Verein betrieb in der Vorperiode hauptsächlich schweizerische Leubungen, nahm aber später fast alle Sportarten in sein Programm auf. Nach der zwangsgewiesenen Auflösung in den Kriegsjahren hat der Verein Präsident Dietrich Bornmann den Verein in kurzer Frist wieder zur Höhe geführt. Der Verein hat ein eigenes Klubhaus mit Gymnastiksaal, Verammlungsräumen, Bibliothek usw. und vertritt über eine fähige Sportplatzanlage in jeder Lage von New York unterhalb des Queensboro-Bridges. Zahlreiche alte Freunde des Deutschstums in den Vereinigten Staaten schicken dem Klub Glück wünschungen an. Sie wurden bei der Jubelfeier besonders geehrt. Das Deutschstum in Amerika hat in diesem Verein eine gute Stützstätte gefunden.

Felden als Weihnachtsgeschenk für Paris

Paris, 6. Dezember

Der Pariser Sportklub, der für Weihnachten ein großes internationales Palliumturnier organisiert, hat zu seinen großen Vorzügen auch die Schenkung der Weihnachtsgeschenke des amerikanischen Welters erhalten. Die Anwesenheit des Amerikaners, der im Einzel seinen alten Gegner Jean Borotra gegenübertriften wird, dürfte das Interesse an dem am betrieblich steigen.

Zentralkommission für Arbeitersport

Die förende Spaltung

In der Sitzung der Zentralkommission und Konferenz der Landes- und Provinzialratelreiter des Arbeitersportes in Leipzig sprach Oberstaatssekretär Fritz Wilmanns über die Tätigkeit der Zentralkommission für Arbeitersport in den verschiedenen Ländern. Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege angeschlossenen Verbände haben eine gute Entwicklung zu verzeichnen. Der Mitgliedeverband der Arbeitersportvereine für die Ostprovinz ist ein höherer Status ausgearbeitet worden, das die Notwendigkeit der Kartelle ermöglichen soll und gleichzeitig auch eine festere Bindung der Ostprovinz an die Zentralkommission schafft. Wie der Antilige Preussische Arbeitersport mitteilt, wurde mit Bezug auf die Spaltung in Arbeitersport folgende Entscheidung gefasst:

Die Hauptstädte Reichsvereine der Landesportartelreiter prüfen die tiefste Empörung aus gegen die von der kommunikativen Zentrale in die Arbeitersportbewegung getragene Spaltung. Die Konferenz erklärt ihre feste Entscheidung in allen Landes- und Provinzialratelreiter des Sportlers die Idee zu werten und den Beschließen der Z.-K. und der Arbeitersportverbände Geltung zu schaffen.

Im Gesamtgebiet soll demnach ein selbständiges Landesratelreiter gebildet werden. Auf die Einladung der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege zu einer Vätertagung hatten die für die Selbstbehaltung in Frage kommenden Ministerien des Reiches, der Länder, des Südtirols, der Landesverpflegungsanstalten und mehrere Städte ihre Vertreter entsandt.



Gesellschafts-Kleidung

Schwarze Sakkoanzüge
aus vorzüglichem Stoff, sorgfältig gearbeitet
M. 78.- 98.-

Smoking-Anzüge
gute Stoffe, ausgezeichnete Passform
M. 88.- 105.- 125.-

Frackanzüge
besonders wertvolle Verarbeitung, hervorragende Passform
M. 125.- 140.- 180.-

Wäsche, Krawatten, Hüte und sonstiges Zubehör
in großer Sonderabteilung

PEEK & CLOPPENBURG
BERLIN C19 GERTRAUDEN-STRASSE 25-27



Winterthur

Schweizerische Unfallversicherungs-Gesellschaft
Lebensversicherungs-Gesellschaft
Unfall-, Haftpflicht-, Kautions-, Lebensversicherungen mit und ohne Gewinnanteil, Renten.

Versicherungen

Propaganda und Ankaufe bereitwilligst
Direktion für das Deutsche Reich
BERLIN SW 08, Charlottenstraße 77
Mitarbeiter überall gesucht.

Neues
Wiener Journal
Das österreichische Weltblatt
Jahresausgabe und monatliche Beilage
Erscheint 4 G. Wirt. I. Vierteljahr 5.

Wälsche wachen Blutentwässerung
Kampferessenz (Waldmann & Co. G. m. b. H.)
Zentralapothek - Göttingen 1895, 1898, 1923

Dr. Köhler's Sanatorium, Bad Elster, Sachsen
Innere, Nerven-, Stoffwechself., Rheuma
Frauen-, Gelenk-, Lähmungen, Herz-
Krankheiten und alle Krankheiten im Bade
Mischler Komfort
Prospekte auf Wunsch

